

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Bosbach, Dr. Hans-Peter Uhl, Kristina Köhler (Wiesbaden), Ralf Göbel, Günter Baumann, Clemens Binniger, Helmut Brandt, Reinhard Grindel, Hans-Werner Kammer, Alois Karl, Hartmut Koschyk, Stephan Mayer (Altötting), Michaela Noll, Beatrix Philipp, Klaus Riegert, Dr. Norbert Röttgen, Ingo Wellenreuther, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Sebastian Edathy, Gabriele Fograscher, Niels Annen, Klaus Uwe Benneter, Dr. Michael Bürsch, Siegmund Ehrmann, Kerstin Griese, Wolfgang Gunkel, Michael Hartmann (Wackernheim), Frank Hofmann (Volkach), Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Maik Reichel, Gerold Reichenbach, Michael Roth (Heringen), Rüdiger Veit, Dr. Dieter Wiefelspütz, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Verbot des Vereins „Heimattreue Deutsche Jugend e. V.“ (HDJ) prüfen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag begrüßt ausdrücklich die vom Bundesminister des Innern Dr. Wolfgang Schäuble am 9. Oktober 2008 im Zusammenhang mit einer vereinsrechtlichen Prüfung des Vereins „Heimattreue Deutsche Jugend – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e. V.“ (HDJ) veranlassten Durchsuchungen.

Der Verein HDJ ist eine bundesweit tätige Jugendorganisation, die ein rassistisches Weltbild¹ vertritt und durch eine rechtsextremistische Ideologie geprägt ist.² Die HDJ ist beim Amtsgericht Kiel eingetragen, die Bundesführung ist in Berlin ansässig. Mit mehreren hundert Mitgliedern ist die HDJ fester Bestandteil des rechtsextremistischen Spektrums in Deutschland und verfügt über umfangreiche szenübergreifende Kontakte. Das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie mehrere Landesämter für Verfassungsschutz beobachten die Tätigkeiten der HDJ.

Das Lebensbundkonzept der HDJ zielt darauf ab, Freizeitangebote für Familien und Kinder anzubieten, welche der Verbreitung antisemitischer und völkischer Ideologie dienen. Nach Eigendarstellung der HDJ sollen bereits Kleinstkinder aber auch Jugendliche in die Aktivitäten eingebunden und somit nach Familiengründung ein Ausscheiden aus der rechtsextremistischen Szene verhindert werden.³

¹ Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2007, S. 61.

² Verfassungsschutzbericht Berlin 2007, S. 195.

³ Vergleiche ebenda, S. 188f.

Die HDJ ist bemüht, für Kinder und Jugendliche eine völkisch-nationalistische Parallelwelt zu schaffen. Nach Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen versucht die HDJ mit „scheinbar harmlosen Freizeitangeboten [...] Kinder und Jugendliche an sich zu binden“.⁴ Im Rahmen von Zeltlagern werden ideologische Schulungen durchgeführt und militaristische Rituale praktiziert. Nach Einschätzung des Bundesamts für Verfassungsschutz betreibt die HDJ „unter Vorspiegelung einer jugendpflegerischen Tätigkeit [...] eine gezielte Ideologisierung ihrer Mitglieder“.⁵

Damit zeigen sich hinsichtlich der bekannt gewordenen Aktivitäten und der Zielgruppe Parallelen mit der im Jahr 1994 verbotenen Wiking-Jugend (WJ).

Die Auftritte der HDJ zeichnen sich durch Uniformen oder uniformähnliche Pflichtkleidung, oftmals mit Verbands- und Sonderabzeichen, aus. Das Führungspersonal wird durch farbige Balken am Oberarm der Hemden gekennzeichnet. Fahnenappelle, das Marschieren in Reih und Glied sowie Fanfarenzüge konstituieren den paramilitärischen Charakter der HDJ. Eine von der HDJ beim Bundesministerium des Innern beantragte Ausnahmegenehmigung vom in Deutschland geltenden generellen Uniformverbot ist mit der Begründung abgelehnt worden, dass „eine Gesamtschau der Aktivitäten ergibt, dass die politische gegenüber der jugendpflegerischen Betätigung überwiegt“. Ungeachtet dessen kündigte die HDJ an, das Verbot zu ignorieren.

Bundesweit bestehen nach Angaben von Staatsschutzbehörden Verbindungen der HDJ zur NPD und zur neonazistischen Kameradschaftsszene.⁶ Besonders auffällig dabei sind „die guten Kontakte der HDJ zum Landesverband der NPD“ in Mecklenburg-Vorpommern⁷ und in Brandenburg.⁸ Darüber hinaus gibt es Hinweise auf Verflechtungen mit ehemaligen Angehörigen der verbotenen Wiking-Jugend.

Die HDJ lehnt unsere freiheitlich demokratische Grundordnung strikt ab. In ihrem Verbandsorgan „Funkenflug“ finden sich stark geschichtsrevisionistische, rassistische und antisemitische Inhalte.⁹ Tolerantes Verhalten gegenüber Schwächeren wird im „Funkenflug“ 2/2006 als niedere Charaktereigenschaft eingestuft. Die HDJ verehrt zudem exponierte Repräsentanten des NS-Terrorregimes wie z. B. den Kommandanten der SS-Division „Wiking“, der 1943 im „großdeutschen Freiheitskampf [...] an der Ostfront“ ums Leben gekommen sei (Funkenflug 4/2005). Insgesamt werden im Verbandsorgan, so das Bundesamt für Verfassungsschutz, Texte publiziert, „in denen der Nationalsozialismus verherrlicht wird sowie antisemitische Einstellungsmuster deutlich werden“.¹⁰

II. Der Deutsche Bundestag

- verurteilt die jugendgefährdenden und volksverhetzenden Aktivitäten der „Heimattreuen Deutschen Jugend e. V.“ aufs Schärfste und begrüßt die aktuellen Verbotsinitiativen der Länder Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern;
- befürwortet die Durchführung eines vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens mit dem Ziel eines Verbots der HDJ.

⁴ Verfassungsschutzbericht Sachsen 2007, S. 12.

⁵ Verfassungsschutzbericht 2007 des Bundesministeriums des Innern, S. 59.

⁶ Verfassungsschutzbericht 2007 des Bundesministeriums des Innern, S. 59.

⁷ Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern 2007, S. 71.

⁸ Vergleiche Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2007, S. 63.

⁹ Vergleiche ebenda, S. 61.

¹⁰ Verfassungsschutzbericht 2007 des Bundesministeriums des Innern, S. 59.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung und den Bundesminister des Innern auf,

- bis zu einem Verbot der HDJ in Zusammenarbeit mit den Innenministerien der Länder, Polizeibehörden, Jugendämtern, Jugendverbänden, Herbergsverbänden etc. darüber aufzuklären, dass bezüglich der HDJ tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen, um dadurch weitere jugendgefährdende Zeltlager und Schulungen zu unterbinden;
- bis zu einem Verbot der HDJ weiterhin in Zusammenarbeit mit den Länderbehörden darauf hinzuwirken, dass das Uniformverbot konsequent durchgesetzt wird.

Berlin, den 11. November 2008

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion

